

bonnbonn

Gesetze und Gesetzentwürfe

— Ein gemeinsamer Regierungsentwurf zur *Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe* ist noch nicht in Sicht. Dies zeigte sich unter anderem bei der Diskussion des SPD-Entwurfs (11/4774). Nach kurzer Beratung wurde die Beschlußfassung über diesen Entwurf vertagt.

— Die GRÜNEN fordern in einem Gesetzentwurf (11/2422) die Streichung der *Vorschriften im StGB über den Schwangerschaftsabbruch*, die Bestimmungen über Beratung und die Pflicht zur Führung einer Abbruchstatistik. Gleichzeitig wird die Ahndung von Körperverletzungen, die eine *Schädigung der Leibesfrucht, der Zeugungs- oder Gebärfähigkeit* hervorrufen oder die sexuelle Empfindungsfähigkeit beeinträchtigen, mit Freiheitsstrafen von einem bis fünf Jahren gefordert.

Anfragen und Antworten

— Für die Auswirkung der *Reform des Namensrechts* interessiert sich die SPD in einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung (11/2562).

— Eine große Anfrage der SPD zu den Problemen der beruflichen *Wiedereingliederung nach Kindererziehungszeiten* (11/1086) hat die Bundesregierung nun beantwortet (11/2369): Die Unterbrechungen wegen Kindererziehung werden immer kürzer. Allerdings schränkten etwa 44 % der Rückkehrerinnen ihre Berufstätigkeit ein. 93 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Teilzeitarbeitnehmer/-innen sind Frauen.

Ausschüsse

— Der mitberatende Innenausschuß nahm eine Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) einstimmig zur Kenntnis, in der die Mitglieder zu *Maßnahmen gegen die „indirekte Diskriminierung“* aufgefordert werden (II/2098).

— Der Rechtsausschuß, der sich mit einer Entschließung des EP zur *Gewalt gegen Frauen* (10/5846) zu befassen hatte, stellte fest, daß zunächst die Planungen der betroffenen Ministerien zu dieser Frage darzustellen seien.

— Der Ausschuß für Jugend, Familie usw. nahm eine Entschließung des EP zur *Wiedereingliederung der Frauen* in das Berufsleben (11/1027) zur Kenntnis. Während die Bundesregierung den Großteil der Vorhaben, die in der Entschließung verlangt werden, verwirklicht sieht, widersprachen die GRÜNEN mit dem Hinweis, daß die vom EP verlangte Quotierung bei Arbeitsstellen nicht einmal diskutiert werde.

— Der gleiche Ausschuß nahm eine Entschließung des EP, die ein *mittelfristiges* Programm der Europäischen Gemeinschaft zur *Chancengleichheit* der Frauen betrifft (10/5627), einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

— Der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der *Gentechnologie*“ (10/6775) wurde vom Innenausschuß mit dem Ergebnis beraten, daß hier datenschutzrechtliche Aspekte gesetzlich zu regeln seien.

— Der Forschungsausschuß stellte fest, die Frage, ob es für Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen ein *Moratorium* geben soll, sei noch offen. Der gleichzeitig beratene Antrag der GRÜNEN, der ein sofortiges Moratorium fordert (11/695), wurde abgelehnt.

— Im Petitionsausschuß, der sich mit der Neufassung seiner Verfahrensgrundsätze beschäftigt, bahnt sich ein Konsens der Fraktionen an, den Begriff „*jeder-mann*“ durch „*jede Person*“ zu ersetzen.

Buchhinweise

BuMiJ. (Hrsg.): Diskussionsteilentwurf eines Gesetzes über die Betreuung Volljähriger (Betreuungsgesetz – BtG), Bonn, April 1988

Corea, Gena: Muttermaschine. Reproduktionstechnologien. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter, (Berlin 1985), jetzt als Taschenbuch, Frankfurt/M. 1988

Platen, Heide: Kindsmord. Der Fall Weimar, Berlin 1988

Aus anderen Zeitschriften:

Baer, Susanne / Slupik, Vera: Entwurf eines Gesetzes gegen Pornographie, in: KJ 1988, S. 171 ff.

Balloff, Rainer: Wo bleibt das Kind nach der Scheidung?, in: Psychologie heute 6/1988, S. 44 ff.

Böllinger, Lorenz: Sexualität und Politik – Soziale Kontrolle im Zeitalter „befreiter“ Sexualität – Das Beispiel AIDS, in: KJ 1988, S. 51 ff.

Breitbach, Barbara / Breitbach, Michael / Rühl, Ulli F. H.: AIDS-Bekämpfung und Bundes-Seuchengesetz, in: KJ 1988, S. 62 ff.

Klein-Schonnefeld, Sabine / Sokol, Bettina: PorNo, mit oder ohne Justiz, oder: freie Sexualität für freie Bürger, in: DuR 1988, S. 167 ff.

Renk, Heidemarie: Zivilrecht als Instrument gegen Sexismus? Kritik des PorNo-Gesetzentwurfes von EMMA, in: KJ 1988, S. 182 ff.

Vlassopoulou, Irene: Das neue griechische Ehegüterrecht im Übergang – Althen und Zugewinnausgleich nach neuem Recht, in: IPrax 1988, S. 189 ff.

Wunder, Michael: „Wenn die Sterilisation dem Willen des Betreuten nicht widerspricht“, Brauchen wir ein neues Sterilisationsgesetz?, in: Dr. med. Mabuse, Nr. 53, April/Mai 1988, S. 35 ff.

Kein neues Sterilisationsgesetz in der Bundesrepublik – ein Appell, ebd., S. 38 f.

Nachfolgerin gesucht!

Ich suche eine Kollegin, die meine Kanzlei im Münsterland weiterführt oder möglichst kauft. Als einzige Rechtsanwältin in einem Ort mit ca. 35 000 Einwohnern würde sie eine gut eingeführte Kanzlei mit einem sicheren Mandantinnen/en-Stamm übernehmen. Ein Schwerpunkt der Kanzlei liegt im Familienrecht. Der Umsatz wird 1988 mindestens 80.000 DM betragen. Die Kanzlei besteht seit gut zwei Jahren. Die Büroeinrichtung – mit Ausnahme der großen Blumen – kann übernommen werden.

Angebote bitte an: Renate Blümmler – Anzeige Münsterland – Stegstr. 34, 6000 Frankfurt 70